

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

November 1979

# Evangelische Verantwortung

Heft 11/1979

## Keine Billigpreispolitik für die Gesamtschule

Lieber Leser!

In steigendem Maße bewegt die Frage nach der Gesamtschule die deutsche Öffentlichkeit. Behauptungen und einseitige Darstellungen lassen die Diskussion um diese Schulreform fast zu einem „Glaubenskrieg“ anwachsen. Die folgenden Ausführungen sollen helfen, die Fakten zurechtzurücken, klar und sachbezogen zumindest die Position der unions-regierten Bundesländer auf den Tisch zu legen. Damit soll deutlich werden, daß es – zumindest für die genannten Länder – keineswegs darum geht, einen ideologischen Streit auf dem Rücken der Schüler auszutragen. Es geht darum, die Einheit des deutschen Bildungswesens zu bewahren und dieses Bildungswesen so zu gestalten, daß allen sich in ihm bewegenden Schülern Gerechtigkeit widerfährt. Beides allerdings wird durch diejenigen gefährdet, die die Gesamtschule um jeden Preis (was man hier wörtlich nehmen kann) einführen wollen.

Rufen wir uns deshalb zunächst die Ausgangslage ins Gedächtnis zurück. Aufgrund einer Empfehlung des deutschen Bildungsrates beschlossen die Kultusminister der Länder im Jahre 1969 ein Experimentalprogramm zur Durchführung von Schulversuchen mit Gesamtschulen. Dieses Versuchsprogramm ist noch nicht abgeschlossen, eine erste umfassende Auswertung ist zur Zeit innerhalb der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung in vollem Gange. Es ist damit zu rechnen, daß in den Jahren 1980/81 erste abschließende Feststellungen über die Gesamtschulversuche getroffen werden können.

Selbstverständlich haben die Kultusminister der Länder 1972 ein Abkommen getroffen, das den in die Versuchsschulen aufgenommenen Schülern eine Anerkennung der dort erworbenen Abschlüsse sichert. Dieses Abkommen wurde 1977 verlängert und gleichzeitig – entsprechend der ungefähren Versuchsdauer – bis 1981 befristet.

Allerdings lassen sich aus den schon jetzt gewonnenen Erkenntnissen hinsichtlich der Gesamtschule klare Schlußfolgerungen ziehen. Die Gesamtschule kann nur für einen relativ kleinen Prozentsatz der

Schüler mit einseitiger Begabung von Vorteil sein. Die überwiegende Zahl der Schüler zeigt ein verhältnismäßig einheitliches Leistungsbild, so daß ihnen mit dem Angebot eines durchgängigen, schulart-spezifischen Profils, wie das gegliederte Schulwesen es bietet, besser gedient ist. Gleichzeitig genießen sie den Vorteil der bewährten Unterrichtung im Klassenverband. Auf eine gezielte individuelle Förderung im Einzelfall wird dennoch nicht verzichtet, ohne daß es eines totalen Differenzierungsverfahrens wie an der Gesamtschule bedürfte.

Die an der Gesamtschule aus einer egalitären Ideologie heraus entstehende Tendenz der Nivellierung führt oft nicht nur zu einer Unterforderung leistungsfähiger und leistungswilliger Schüler, sondern vor allem zu Problemen für die schwächeren Schüler. Diese finden sich in der Gesamtschule permanent in einer Konkurrenz- und Versagersituation wieder, da sie sich in jedem Fach mit dem ganzen Leistungsspektrum ihres Jahrgangs konfrontiert sehen. Diese für schwächere Schüler belastende Situation wird noch durch die persönliche Isolierung verschärft, die mit der Aufhebung des Klassenverbandes einhergeht. Zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt, daß die Gesamtschule gerade in diesen Fällen den Anspruch schülergerechter Förderung nicht einlösen kann, – es sei denn, sie mildert den durch das System programmierten Konflikt durch Verzicht auf Leistung.

Die Gefahr der Orientierungslosigkeit wird, was leicht einsehbar ist, durch die in der Gesamtschulorganisation notwendigerweise größeren Schulsysteme noch verstärkt. Diese bedingen ihrerseits wieder einen größeren Einzugsbereich, eine Tendenz, die sich angesichts rückgehender Schülerzahlen noch verstärken würde und letztlich die Schließung bestehender Schulen des gegliederten Schulwesens voraussetzt.

Diese schon rein planerisch bedingten Vorbehalte gegen die Gesamtschule werden nicht gerade gemildert durch die Tatsache, daß Gesamtschulen fast 40 % mehr kosten, als die Schulen des herkömmlichen Schulwesens. Zwar kann man – wie in Hamburg geschehen – versuchen, die Eltern mit dem



Hinweis auf diese besonderen Aufwendungen zu locken. Eine solche Bevorzugung der Gesamtschulen gegenüber den Schulen des gegliederten Schulwesens ist aber auf die Dauer nicht vertretbar, der Grundsatz der Gleichbehandlung nicht dauernd verletzbar.

Man wird nun gleich die Frage anschließen, ob denn diese besonderen Aufwendungen für die bestehenden Gesamtschulen wenigstens zu besonderen Leistungen haben führen können. Im günstigsten Fall wurde dadurch erreicht, daß Gesamtschulen mit den Regelschulen mithalten konnten, im Durchschnitt allerdings scheint dieses Niveau nicht erreicht zu werden. Eine in Nordrhein-Westfalen offiziell durchgeführte Vergleichsuntersuchung zwischen dortigen Gesamtschulen und Regelschulen wird bis jetzt unter Verschluß gehalten. Immerhin wurde so viel bekannt, daß in einzelnen Fächern ein Leistungsminus bei den Gesamtschülern bis zu 50 % festgestellt werden mußte. Auch eine vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft finanziell geförderte Studie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft läßt für die abschließende Auswertung der Gesamtschulen wenig erwarten, zeigte sie doch eindeutig, daß die Studierfähigkeit der Studienanfänger aus koalitionsregierten Ländern, welche die Gesamtschule in größerem Umfang eingeführt haben, im Durchschnitt geringer war, als die Studierfähigkeit der Studenten aus der Ländergruppe, die das gegliederte Schulwesen pflegt.

Der Leistungsaspekt führt uns zurück zur Frage der Anerkennung der Abschlüsse von Gesamtschulen. Von manchen Presseorganen wurde versucht, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, die Frage der Anerkennung der Abschlußzeugnisse von Gesamtschulen sei eine in das willkürliche Ermessen der Kultusminister gestellte Angelegenheit. Hierbei wird leicht übersehen, daß die Gesamtschulen ja die Abschlüsse des gegliederten Schulwesens verleihen wollen. Dies ist verständlich, da diese Abschlüsse des Regelschulwesens in der Öffentlichkeit anerkannt sind. Somit war es nur recht und billig, daß die Anforderungen für die Abschlüsse des gegliederten Schulwesens bei der bestehenden Anerkennungsvereinbarung zugrundegelegt wurden. Sie müssen deshalb auch bei der für 1981 ins Auge gefaßten Anerkennungsvereinbarung Ausgangspunkt sein. Es wäre allen Eltern, die auf das bewährte gegliederte Schulwesen vertrauen, kaum plausibel zu machen, daß eine andere Schulart die gleichen Abschlüsse zu „billigeren Preisen“ gewährt.

Auch die SPD/F.D.P.-regierten Länder haben zunächst diesen Maßstab akzeptiert und im Juni dieses Jahres entsprechende Festlegungen mitgetragen. Alle Kultusminister hatten sich in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung geeinigt, „die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse entsprechend den bisherigen Regelungen für die Schularten des gegliederten Schulwesens im Hamburger Abkommen zu sichern“. Gemeinsam wurde festgestellt, daß die angestrebte endgültige Anerkennung die Erfüllung verschiedener Bedingungen voraussetzt. Hierzu gehört z. B. die Einhaltung eines gemeinsamen verbindlichen Fächer- und Stundenrahmens, die Abstimmung der Zielsetzungen für die Fächer einander entsprechender Schularten und Bildungsgänge, die Fest-

legung der Anforderungen, die zum Erreichen eines bestimmten Abschlusses zu erbringen sind, sowie die Sicherung gleichwertiger Regelungen für die Versetzungen und Übergänge.

Jetzt, da die konkreten Festlegungen innerhalb der für den Abschluß einer Anerkennungsvereinbarung zuständigen Kultusministerkonferenz getroffen werden sollen, will die Gruppe der koalitionsregierten Länder nicht mehr mitziehen. Zu deutlich wurde bei der Beschreibung der konkreten Rahmenbedingungen, wie sehr die an Gesamtschüler gestellten Anforderungen unter denjenigen der bestehenden Schularten liegen. Eine Erfüllung des oben abgesteckten Rahmens und somit eine Sicherung echter Gleichwertigkeit würde für viele Gesamtschulen vermutlich bedeuten, ihre Schüler auch wirklich höher qualifizieren zu müssen. Gleichzeitig drängt sich der Verdacht auf, daß die an Gesamtschulen erreichte größere Zahl höherer Abschlußqualifikationen oft nur durch ein geringeres Anforderungsniveau „erkauft“ wurde.

Die unbesehene Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse wäre nur scheinbar ein Gewinn für den kooperativen Föderalismus. Dieser kann nur durch einen Wettbewerb um das bessere Bildungswesen gedeihen und nicht durch eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, nicht durch eine aus einem egalitären Ansatz entstehende Ausverkaufspolitik im Bildungswesen. Die pädagogisch bewährten, leistungsfähigen Regelschulen werden sich einem ehrlichen Wettstreit nicht entziehen.

Abschlüsse an Gesamtschulen, die dem Hauptschulabschluß, dem Realschulabschluß oder der Übergangsberechtigung in die gymnasiale Oberstufe entsprechen sollen, müssen deshalb auch diesen Abschlüssen wirklich gleichwertig sein. Ist dies der Fall, wird im wohlverstandenen Interesse der Kinder, die auf diese Schulen geschickt wurden, und unter Achtung des verfassungsmäßigen Gebotes der Freizügigkeit innerhalb der Bundesrepublik eine Anerkennung dieser Abschlüsse an Gesamtschulen erfolgen können.

Hier liegt auch der Schlüssel für eine mögliche Fortschreibung des Bildungsgesamtplans. Da mit Formelkompromissen, welche bestehende Unterschiede nur zudecken wollen, auf Dauer niemandem gedient ist, muß auch bei dieser in die Zukunft gerichteten Rahmenplanung schon jetzt klar gesagt werden, auf welcher Basis sich eine dort verankerte Gesamtschule dem Vergleich mit dem bestehenden Schulwesen stellt. Nur klare Festlegungen können hier weiterhelfen, d. h. nichts anderes, als daß hinsichtlich einer am bestehenden Regelschulwesen ausgerichteten Anerkennungsvereinbarung bereits greifbare Ergebnisse erzielt sein müssen. Sind auch die koalitionsregierten Länder bereit, diesen Weg zu gehen, steht einer Verabschiedung des Bildungsgesamtplans für die achtziger Jahre — eine solide finanzielle Absicherung sei hierbei selbstverständlich unterstellt — nichts mehr im Wege, und ein weiteres Stück Gemeinsamkeit zwischen den Ländern wäre gesichert.

Um ein einheitliches Bildungswesen in der Bundesrepublik zu garantieren, haben die Länder bereits im Jahre 1964 ein Abkommen zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens, das sogenannte Ham-



burger Abkommen geschlossen. Dieses Abkommen sieht die bekannten Schulen des gegliederten Schulwesens als Regelschulen vor. Hinsichtlich pädagogischer Versuche, wie sie mit dem Experimentalprogramm zur Durchführung von Schulversuchen mit Gesamtschulen begonnen wurden, sind dabei klare Regelungen getroffen worden. Pädagogische Versuche, die von der in diesem Abkommen vereinbarten Grundstruktur des Schulwesens abweichen, bedürfen danach der vorherigen Empfehlung der Kultusministerkonferenz.

Dieses Abkommen wurde von den Ländern gebrochen, welche die Gesamtschule in solcher Zahl eingerichtet haben, daß von einem Versuchscharakter nicht mehr gesprochen werden kann. Noch eklatanter allerdings haben sich die Länder über das Hamburger Abkommen hinweggesetzt, welche die Gesamtschule gesetzlich als Regelschule eingeführt haben. Ein unglaubliches Beispiel hierfür hat Anfang Oktober Hamburg gegeben, das am Vorabend anstehender Beratungen in der Kultusministerkonferenz über die Anerkennungsfrage die Gesamtschule im Schulgesetz verankerte und damit die Einheit im deutschen Bildungswesen aufkündigte.

Es muß besonders verwundern, daß dies in Ländern geschieht, bei denen die gleiche Partei Regierungsverantwortung trägt, die auch innerhalb der Bundesregierung politische Verantwortung übernommen hat. Und eben diese Bundesregierung war es, die in einem Mängelbericht über das förderative System unserer Republik den Ländern eine mangelnde Bereitschaft zur Einheitlichkeit im Bildungswesen vorwerfen zu müssen glaubte. Die Glaubwürdigkeit sozial-liberaler Bildungspolitik hat sich durch diese Doppelzüngigkeit stark verringert.

Die Union wird unbeirrt eine Bildungspolitik fortsetzen, die Schule unter pädagogischen und humanen Gesichtspunkten gestaltet. Dabei werden hohes Niveau und soziale Gerechtigkeit durch ein in sich nach Leistungshöhe differenzierendes System verwirklicht, das den verschiedenen Begabungsrichtungen, Fähigkeiten und Neigungen der Schüler gerecht wird. Das gegliederte Schulwesen benötigt keine großen Systeme, hier kann in leistungshomogenen, überschaubaren Einheiten gearbeitet werden. Es sichert damit den personalen Bezug zwischen Lehrern und Schülern, macht Lernen in stabilen sozialen Bezügen möglich, verwirklicht die Forderung nach einer ortsnahen Schule und trägt insgesamt zur

seelischen und emotionalen Stabilität des Schülers bei. Dabei ergeben sich im gegliederten Schulwesen keine Sackgassen, im Gegenteil, es wurde ein hohes Maß an Durchlässigkeit geschaffen, das etappenweise eine sichere Ausrichtung auf das jeweilige Abschlußprofil und damit über den ganzen Verlauf der Schulzeit hinweg eine verantwortliche Gestaltung des Bildungsweges erlaubt.

An dieser Stelle sei besonders betont, daß Lehrpläne und organisatorische Maßnahmen keineswegs allein die Schule gestalten. Da die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund steht, ist es unsere Absicht, den pädagogischen Freiraum der Schule zu erweitern und dabei die erzieherische Eigenverantwortlichkeit der Lehrer zu stärken. Lernen wird dabei umfassend verstanden, es schließt neben der Förderung kognitiver auch die Förderung musischer und emotionaler Fähigkeiten ein, im Sinne einer auf die Gesamtpersönlichkeit des Schülers bezogenen Bildung.

Von dieser Grundlage aus wollen die unionsregierten Länder das Bildungswesen in der Bundesrepublik gestalten. Ihr Ziel ist gleichzeitig, die Einheit dieses Bildungswesens im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen zu gewährleisten. Abschließend möchte ich nochmals ausdrücklich betonen, daß sich diese Länder auch der Verantwortung für diejenigen Kinder und Jugendlichen nicht entziehen werden, die in anderen Bundesländern die Schule besucht haben. Im Interesse dieser Kinder werden die dort erbrachten schulischen Leistungen in gerechtem Maße Anerkennung finden.

Die Diskussion über die Gesamtschule wird weitergehen. Auch der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU wird dabei weiterhin seine Position sichtbar verdeutlichen. Für ihn kann und darf es keine Ideologisierung unseres Schulwesens geben. Führen wir die Diskussion ohne Polemik, sondern mit Fachwissen und Sachverstand.

In diesem Sinne verbleibe ich für heute mit freundlichen Grüßen

Ihr

*Roman Herzog*

## Aus dem Inhalt

|                                                            |           |
|------------------------------------------------------------|-----------|
| <b>Zwischen Christus und Marx</b>                          | <b>4</b>  |
| <b>Kirche in der DDR</b>                                   |           |
| <b>Helmut Matthies</b>                                     |           |
| <b>Kurz notiert</b>                                        | <b>6</b>  |
| <b>Aus unserer Arbeit</b>                                  | <b>8</b>  |
| <b>Lukas de Vries — ein buntschillernder Kirchenführer</b> | <b>10</b> |
| <b>Norbert Engelmann</b>                                   |           |
| <b>Keine Billigpreispolitik für die Gesamtschule</b>       | <b>1</b>  |

|                                            |           |
|--------------------------------------------|-----------|
| <b>Ein Leben im Dienst des Vaterlandes</b> | <b>11</b> |
| <b>Zur Erinnerung an Hermann Ehlers</b>    |           |
| <b>Roman Herzog</b>                        |           |

|                                                |           |
|------------------------------------------------|-----------|
| <b>Einladung zum 4. Schloß Burger Gespräch</b> | <b>11</b> |
|------------------------------------------------|-----------|

|                                                |           |
|------------------------------------------------|-----------|
| <b>Aus den Tagungsprogrammen der Akademien</b> | <b>12</b> |
|------------------------------------------------|-----------|



# Zwischen Christus und Marx — Kirche in der DDR

Helmut Matthies

**„Jetzt geht es an die Heiligen Bücher“.** Mit diesen Worten beschrieb der ranghöchste evangelische Kirchenmann in der DDR, Bischof Albrecht Schönherr, Ost-Berlin, kürzlich auf der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Dessau das zukünftige Verhältnis von Staat und Kirche im anderen Teil Deutschlands. Für Schönherr wird ein weiteres Aufeinanderzugehen bei der unvermeidlich zu einer ideologischen Klärung führen. Es ist diese Situation der „Kirche im Sozialismus“, die der evangelischen Kirche in der DDR starkes öffentliches und publizistisches Interesse wie keiner anderen protestantischen Kirche in Europa beschert.

Noch vor gar nicht langer Zeit waren Leben und Situation der rund acht Millionen mitteldeutschen Protestanten nahezu unbekannt. Erst Ende der sechziger Jahre horchte man auf, als sich 1969 die acht auf dem Gebiet der DDR liegenden Landeskirchen zum „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“ zusammenschlossen. Aufgrund massiven Drucks der SED war die organisatorische Einheit mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) nicht mehr aufrechtzuerhalten. Am 18. August 1976 beleuchtete die spektakuläre Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz auf dem Marktplatz im sächsischen Leipzig schlagartig die Situation der Christen in der DDR. Seit diesem Fanal gegen die Diskriminierung der Christen — so jedenfalls wollte Brüsewitz seine Tat verstanden wissen — stehen kirchliche Ereignisse zwischen Rügen und dem Erzgebirge oft mehr im Mittelpunkt der Diskussion als hiesige.

## Gedämpfte Hoffnungen

Die mitteldeutschen Kirchen gehen einen schweren Gang. Von Problemen und Nöten geradezu überhäuft, müssen sie die heikle Gradwanderung zwischen notwendiger Anpassung an die Gegebenheiten

in der Praxis und Widerstand gegen eine massive ideologische Vereinnahmung bestehen. Da die Machtfrage in der DDR seit 1949 vorerst unumstößlich entschieden ist, bleibt die Möglichkeit eines Modus vivendi im Umgang miteinander. Der SED-Staat, in den letzten Jahren eher noch instabiler geworden, kann sich eine harte Konfrontation mit den Kirchen wie in den 50er und 60er Jahren nicht leisten. Angesichts der Unruhe in der Bevölkerung sowie des Desinteresses der Jugend am Engagement für den „ersten deutschen sozialistischen Staat“ mußte die Regierung auf die einzige große „ideologische“ Opposition zugehen. Ein erstes aufsehenerregendes Gespräch zwischen dem Vorstand der Konferenz der evangelischen Kirchenleitung und dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker, fand am 6. März 1978 statt. Der Kirche wurde eine Reihe neuer Wirkungsmöglichkeiten eröffnet. So bewilligte der Staat fünf bis sechs kirchliche Fernsehsendungen im Jahr, Bauvorhaben usw. und sorgte für Verbesserungen unter anderem in der Seelsorge, in Strafvollzugsanstalten und in staatlichen Alters- und Pflegeheimen. Neben diesen positiven Ergebnissen war jedoch schon bald nach dem Gespräch eine bittere Erfahrung zu verzeichnen. Trotz zahlreicher kirchlicher Proteste wurde am 1. September letzten Jahres der Wehrkundeunterricht eingeführt. Die Kirche rief — bei aller Kritik — nicht zu einem Boykott gegen die in diesem Fach propagierte „Erziehung zum Haß“ auf. Wie der Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Dr. Manfred Krusche, Magdeburg, jüngst erklärte, haben einige Eltern ihre Kinder vom Unterricht abgemeldet, andere ihre „schweren Bedenken“ in Elternversammlungen geltend gemacht. Manche Eltern wollten den Unterricht „kritisch begleiten“. Im Klartext: Die Kirche machte die schmerzliche Erkenntnis, daß auch nach dem 6. März 1978 ihr Einfluß auf staatliche Maßnahmen gering ist.

## Warnung vor Anpassung

Der neue Kontakt mit dem Staat ist nicht unumstritten. Gleich nach dem Spitzengespräch legte Superintendent Gerhard Steinlein aus Nauen sein Mandat in der Kirchenleitung und in der Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Region Ost) nieder. Als Mitglied der Bekennenden Kirche im Dritten Reich warnte er vor den Gefahren eines „engen Verbundenseins mit dem Staat“, was bereits im Dritten Reich für die Kirche zum Verhängnis geworden wäre. Ein anderes Mitglied der gleichen Kirchenleitung, Pfarrer Günther Knecht aus Ost-Berlin, äußerte aus Anlaß des ersten Jahrestages des vielbeachteten Gesprächs in einem Interview mit *idea*, daß nach seiner Auffassung das „Zeugnis gegen alles Totalitäre im Rahmen jener Begegnung viel zu wenig und grundsätzlich von den Repräsentanten der Kirche Jesu Christi abgelegt worden ist.“ Er kritisierte, daß von „kirchlicher Seite weder die staatliche Förderung der atheistischen Jugendweihe zur Sprache gebracht worden, noch die auch für die Kinder bewußt christlicher Familien obligatorische marxistisch-leninistische Schule als solche als eine schwere Belastung für das an Gott gebundene Gewissen herausgestellt wurde“. Knapp zwei Monate nach dem Interview wurde er von der Mehrheit der Synode nicht wieder in die Leitung seiner Kirche gewählt. Auf jener Synode im April in Berlin-Weißensee kritisierten zahlreiche Synodale eine „zu starke Anpassung“ der Kirchenleitungen an SED-Regierung und sozialistische Gesellschaftsvorstellungen. Im Plenum wurde gefordert, die Kirche solle „mehr, eindeutiger, klarer und offener“ Mißstände im Verhältnis von Staat und Kirche ansprechen und dürfe sich nicht vom Sozialismus vereinnahmen lassen. In der Tat: Die Kirchenleitungen bewegen sich in ihrem Bemühen, Verbesserungen zu erreichen, oft bis an die



Grenze des Vertretbaren. Wenn Bischof Schönherr am 7. Oktober in der Ostberliner Marienkirche – zu gleichen Zeit und unweit der Militärparaden zum 30. Jahrestag der DDR – darauf hinwies, daß es die „mehr und mehr gegenseitige Toleranz“ der Kirche ermögliche, „alles zu tun, fast alles zu tun, was Kirchen anderswo auch tun können“, so ist dies eine unzulässige Übertreibung. Solange unter anderem jede Äußere Mission ebenso wie Organisationen wie beispielsweise der CVJM, der Jugendbund für Entschiedenes Christentum, die Heilsarmee und andere verboten sind, solange die Anleitungen zum Studienjahr Atheismus der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) vom Dezember 1977 noch gelten, in denen der Kampf gegen die Religion propagiert wird, solange noch christliche Eltern im Gegensatz zu marxistischen die Ausbildung ihrer Kinder nicht frei wählen dürfen, solange schließlich noch immer einzelne junge Christen trotz bester Zeugnisse nicht die Erweiterte Oberschule bzw. die Universität besuchen können, solange kann nicht davon die Rede sein, Christen würden „nicht diskriminiert“, wie der Greifswalder Bischof Horst Gienke im Mai auf dem Nordelbischen Pastorentag betonte. Noch einen Schritt weiter gingen freilich die Evangelischen Freikirchen, die etwa 89 000 Mitglieder haben. Während die Landeskirchen keine eigene Stellungnahme zum vielgefeierten 30. Jahrestag der DDR-Gründung herausbrachten (auch die 1,3 Millionen starke katholische Kirche schwieg), äußerte sich die Vereinigung Evangelischer Freikirchen in einer Erklärung, sie sei „dankbar, daß heute unser Leben in der sozialistischen Gesellschaft gekennzeichnet ist durch soziale Sicherheit, Bemühen um sinnvolle Lebensgestaltung, Förderung der Familie, gewachsenen Wohlstand und Pflege kultureller Werte“. Wenn dem so ist, fragt sich, warum der so gelobte Musterstaat sich noch immer einmauern muß, allein 200 000 Personen aus familiären, politischen oder religiösen Gründen einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik Deutschland gestellt haben, 6000 aus politischen Gründen inhaftiert sind und es angesichts „sozialer Sicherheit“ und „sinnvoller Lebensgestaltung“ viel mehr Suchtkranke als im Westen gibt, nämlich knapp 6 Prozent oder 1 Million der 16,7

Millionen Bürger nach Angaben des Roten Kreuzes.

Dennoch: Die Kirchen haben sich durch die Gespräche mit dem Staat nicht einwickeln lassen. Sie sind nicht so gleichgeschaltet, wie es von der russisch-orthodoxen und den protestantischen Kirchen in Ungarn zu befürchten ist. Trotz vieler Rückschläge, Nöte und Probleme ist das Zeugnis der Landeskirchen allein biblisch orientiert und oft auch mutig geblieben. Auf der Bundes synode in Dessau setzten sich die Kirchenleitungen für Gleichberechtigung und Gleichachtung auch der Christen ein. Die Synode selbst befürwortete in einem eigenen Beschluß freie Meinungsäußerung in der DDR. Viel hängt im Verhältnis von Staat und Kirche auch ab von dem Nachfolger des am 18. Oktober verstorbenen Staatssekretärs für Kirchenfragen, Hans Seigewasser. Der 74jährige war fast 19 Jahre Repräsentant der DDR-Kirchenpolitik. Doch wer ihm auch nachfolgen mag, die Kirchen sind frei von Illusionen. Der SED-Staat strebt ohne Zweifel weiterhin den Sieg über Kirche und jedwede Religion an. Würde er es nicht tun, wäre er seiner marxistischen Grundlage untreu. Der oberste Kirchenführer, Bischof Schönherr, meinte denn auch unmißverständlich in Dessau: „Christentum und Marxismus lassen sich nicht mischen.“

### Materielle Sorgen

Die Kirche in der DDR plagen auch noch ganz andere Sorgen. Die Gemeinden schrumpfen beständig, und die Zahl der getauften Kinder und Konfirmanden nimmt ab. Die mehr als 4300 Pfarrer in rund 7000 landeskirchlichen Gemeinden haben mit großen Problemen zu kämpfen. Oft müssen sie bei dem großen Pfarrermangel gleich mehrere Gemeinden mit nicht selten baufälligen Kirchen versorgen. Da sich mittlere und kleinere Gemeinden keine zusätzlichen Mitarbeiter wie Katecheten und Kirchenmusiker leisten können, bleibt am Pfarrer meist alles hängen. Neben seinen traditionellen Aufgaben wie Gottesdienst, Amtshandlungen und Seelsorge usw. hat der Pfarrer selbst die Orgel zu spielen, muß nicht selten die Renovierung der Kirchen und seiner Pfarrwohnung vorneh-

men und vieles andere für die Ohren westlicher Pfarrer ungewöhnliche tun. Sein Gehalt ist auf dem Vorkriegsniveau geblieben. Die Kirchen streben zur Zeit ein Anfangsgehalt von 600 Mark und ein Endgehalt von 800 Mark an. Bei diesem Lohn unter dem Normalverdienst einer Arbeiterfamilie muß die Pfarrfrau oft auch noch mitverdienen. Ein kleiner Trost immerhin: Erstmals stiegen in letzter Zeit die Kirchensteuerbeiträge leicht an.

### Verstärktes Fragen nach Gott

Auf der anderen Seite gibt es Ermutigendes zu vermelden: „Die Menschen fragen wieder verstärkt nach Gott. Besonders die Jugend sucht bei der Kirche Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens“. So der Vorsitzende der Evangelischen Allianz in der DDR, Superintendent Karl Wohlgemuth aus Plauen nach der 85. Allianzkonferenz Ende August im grünen Herzen Deutschlands in Bad Blankenburg in Thüringen. Rund 75 Prozent der über 4000 Teilnehmer des damit größten mehrtägigen christlichen Jugendtreffens waren 16 bis 25jährige: Selbstbewußt und unkonventionell, langmählig, soweit möglich bärtig mit (ost-) Jeans bekleidet, das Hemd lässig über die Hosen. Was zog sie zu dieser evangelikalen Konferenz ohne „Starevangelisten“ und „Starsänger“, ohne Bands und den modischen „Schnickschnack“ vieler westlicher Evangelisationen? Was führte sie von weither aus Mecklenburg, der Uckermark und vielen anderen Ecken Mitteldeutschlands in diesen weltfernen Winkel des Thüringer Waldes, wo sie primitive hygienische Verhältnisse und bestenfalls ein wenige Zentimeter breiter Schlafplatz im Zelt als Quartier erwartete? Es war vor allem das Bedürfnis nach Gemeinschaft mit anderen Christen. „Ich bin als Christ so allein in meinem Dorf und möchte mit anderen zusammensein und meinen Glauben vertiefen“, war eine gewiß typische Antwort eines 18jährigen. Auf ein knappes Viertel schätzte man die Zahl der Nichtchristen. Sie kamen schon deshalb, weil die Teilnahme freiwillig war. „Einmal keinen Zwang und keine Parolen“ wollte ein 16jähriger Rocker aus Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) erleben. Die



Jugend interessiert sich zunehmend für die Frage nach Gott, war das einhellige Urteil langjähriger Konferenzteilnehmer. Sie sucht einen Sinn des Lebens und kann ihn nicht im Marxismus finden, weil dieser auf entscheidende Fragen, wie Leid, Schuld und Tod keine Antwort gibt. Hier liegt eine große Chance für die Christen. Nach Ansicht des bis Ende September amtierenden Görlitzer Bischofs Hans-Joachim Fränkel, ist denn auch die Situation der Kirche in der DDR „keineswegs hoffnungslos“. „Hohe Erwartungen“ würden an die Kirche und die „Lauterkeit ihres Zeugnisses gestellt“. Um die Verwaltung zu vereinfachen und ein stärkeres Miteinander zu erreichen, wird für 1981 die Bildung einer Vereinigten Evangelischen Kirche in der DDR angestrebt. Sie soll die drei jetzigen kirchlichen Zusammenschlüsse Evangelische Kirche der Union – Bereich DDR mit den Landeskirchen Anhalt, Berlin-Brandenburg (Region Ost), Görlitz, Greifswald und Kirchenprovinz Sachsen, die Vereinigte Evangelisch-lutherische Kirche (Mecklenburg, Sachsen, Thüringen) und den Bund der Evangelischen Kirche in der DDR ersetzen.

#### **Bischof Lohse: Kontakte pflegen und ausbauen**

Die Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands sind trotz der erzwungenen organisatorischen Trennung nicht lockerer geworden, sondern wurden eher enger geknüpft. 3,2 Millionen Besucher allein aus West-Berlin passieren pro Jahr die Grenze nach Ost-Berlin und in

die DDR. Doch auch aus umgekehrter Richtung kommen die Besucher. Seit ein paar Jahren ist es fast selbstverständlich, daß führende Vertreter aus der DDR an kirchlichen Veranstaltungen in der Bundesrepublik teilnehmen. Sicher, es sind meist nicht mehr als ein halbes Dutzend. Aber sie sind dabei. Die Reisepolitik von Kirche und Staat hat freilich auch viel böses Blut in den Gemeinden hervorgeufen, die manche ihrer Bischöfe mehr im Westfernsehen zu sehen meinen als vor Ort. Die Auswahl wird vielfach kritisiert und oft wird der Verdacht laut, die Ausreise von systemkritischen Christen werde von der Kirche nicht empfohlen. Spektakuläre Demonstration der Zusammengehörigkeit war die gemeinsame Erklärung „Wort zum Frieden“. Zum ersten Mal seit ihrer organisatorischen Trennung vor zehn Jahren wandten sich Kirchenbund und EKD aus Anlaß des Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September an die Gemeinden und die Öffentlichkeit in beiden Teilen Deutschlands.

Auf jeden Fall sehnen sich die Gemeinden drüben nach dem Kontakt mit Christen aus der Bundesrepublik. Dabei geht es nicht so sehr um die natürlich auch gern gesehenen Mitbringsel, wie um die Möglichkeit, Gemeinschaft zu haben. Fühlt sich der Christ drüben schon aufgrund seiner militant atheistischen Umwelt isoliert, so wird das Gefühl, abgeschnitten zu sein, um so größer, wenn der Kontakt zum Westen nachläßt oder abgebrochen wird. Ein Telefonanruf, Brief oder Päckchen und vor allem ein Besuch ist mehr als ein Tropfen auf den viel beschworenen heißen Stein der politischen und kirchlichen

Trennung. Die überaus große Gastfreundschaft in der DDR läßt unbequeme Anfahrtswege oder Kontrollen schnell vergessen. Über Partnerschaften von Kirchengemeinden, Verbänden, ebenso wie über persönliche Kontakte kann die „besondere Gemeinschaft“ der Kirchen beider Teile Deutschlands gefüllt werden. Wie sehr Westdeutsche dabei nicht nur Gebende, sondern auch Lernende sind, betonte kürzlich der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Eduard Lohse: „Wir haben es als Kirche immer als eine uns selbstverständlich gestellte Aufgabe verstanden, den brüderlichen Kontakt zu den Christen in der DDR mit größter Sorgfalt zu pflegen. Nach meinem Eindruck können wir sagen, daß dieser Kontakt auch uns sehr wichtige Einsichten vermittelt. Wir sind in der Pflege dieses Verhältnisses keineswegs nur Gebende, sondern in großem Maße die Nehmenden. Wir können von unseren Brüdern und Schwestern in der DDR lernen, wie Christen in einer nichtchristlichen Umwelt ihren Glauben fröhlich und überzeugungskräftig leben. Je mehr sie die Kontakte pflegen und versuchen, dieses auch durch Partnerschaften weiter zu tun, und je mehr auch junge Menschen hinüberführen und die Gemeinden in der DDR besuchen, umso reicher wird sich dieses Verhältnis gegenseitigen Gebens und Nehmens entwickeln“. Und schließlich: Hat nicht Helmut Kohl recht, wenn er im Oktober forderte: „Wir in der Bundesrepublik Deutschland müssen mehr in die DDR reisen: Wäre es nicht wichtiger, daß Eltern mit ihren Kindern auch mal Urlaub in Weimar, Leipzig oder Dresden machen und nicht nur auf Mallorca?“

## **Kurz notiert**

### **Zum 450-jährigen Jubiläum der Confessio Augustana in Augsburg im Juni 1980**

Durch zwei Buchstaben – A. B. (Augsburgisches Bekenntnis) beziehungsweise C. A. (Confessio Augustana) – ist Augsburg weltbekannt geworden. Von Helsinki bis Nairobi und von Venedig bis New

York signalisieren sie an Kirchentüren und Gemeindezentren die Beziehung von rund 70 Millionen evangelischen Christen zu einem ihrer bedeutendsten Glaubensdokumente. 1530 wurde es mit der Verlesung vor Kaiser und Reichstag in Augsburg der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Zahlreiche Veranstaltungen sind anläßlich seines 450-jährigen Jubiläums in Augsburg

und auch andernorts vorgesehen. Hotelzimmer für den Juni 1980 sind jetzt schon Mangelware. Doch die bereits vielfach ökumenisch erprobte Gastfreundschaft der Augsburger dürfte auch diesmal keinen Gast „im Regen stehen lassen“. Ein thematisch weitgestecktes und international orientiertes Jubiläumsprogramm ist bereits fest terminiert. Neben den eigentlichen Festveranstaltungen



staltungen werden zu Tagungen und Symposien zahlreiche Besucher erwartet.

Anlässlich des Jubiläums tagen die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) vom 22. bis 25. Juni und das Exekutivkomitee des Lutherischen Weltbundes vom 1. bis 12. Juli 1980 in Augsburg. Vom 25. bis 27. Juni findet der Bayerische Pfarrertag, vom 13. bis 15. Juni ein Landesfestival der Evangelischen Studentengemeinden und am 27. und 28. Juni ein Ökumenisches Jugendtreffen statt. Vorläufer im Programm ist vom 23. bis 29. Mai ein internationales Jugendcamp bei Schwangau.

Die unmittelbaren Festlichkeiten am Ort des Geschehens von 1530 beginnen am 25. Juni, dem eigentlichen Tag der Überreichung der von Philipp Melanchthon ausgearbeiteten wichtigsten Bekenntnisschrift der Lutheraner an Kaiser Karl V., mit einer Gedenkfeier im Pronhof vor der ehemaligen Fürstbischöflichen Residenz, heute Regierung von Schwaben, damals Schauplatz des Reichstages. Daran schließen sich ein Festakt im Kleinen Goldenen Saal und ein Empfang durch die Stadt Augsburg im historischen Rathaus der Stadt an. Ein umfangreiches Gottesdienstangebot reicht von täglichen Morgengottesdiensten sowie Festgottesdiensten mit Gastpredigern aus der lutherischen Ökumene in Augsburger Kirchen bis zu Abendmahlsgottesdiensten nach Feierabend in verschiedenen Formen in Kirchen der Innenstadt am 28. Juni und einem Jugendgottesdienst und -festival am Abend des 27. Juni in der Augsburger Sporthalle. Am 26. Juni veranstalten 20 Augsburger Gemeinden Begegnungsabende mit Gästen aus mehreren Kirchen in Europa und Übersee. Am 28. Juni, dem Festtag der bayerischen Landeskirche, findet nachmittags eine Großveranstaltung im Augsburger Rosenaustadion statt.

Das anspruchsvolle wissenschaftliche Programm umfaßt u. a. eine Reihe „Zur Theologie der Confessio Augustana“ am 27. Juni und neun Arbeitsgruppen zum selben Thema am 28., ein historisches Symposium und eine Veranstaltung „Reformationsgeschichte im Unterricht unserer Zeit“ am 26. sowie eine abendliche Podiumsdiskussion und eine Ringvorlesung der Augsburger Universität.

Neben der repräsentativen großen Doppelausstellung „450 Jahre Confessio Augustana“ (Welt im Umbruch — Augsburg zwischen Renaissance und Barock) im Rathaus und Zeughaus werden die Ausstellungen „400 Jahre Konkordienbuch“ und „Aus Augsburgs evangelischer Kirchenkunst“ im Maximilianmuseum sowie „Diakonie“ im Augsburger Augustanahaus vorbereitet.

Für die literarische und wissenschaftliche Betreuung des C. A.-Jubiläums zeichnen das Kirchenamt der VELKD in Hannover, für die theologische Konzeption der Veranstaltungen in Bayern (neben Augsburg auch in Coburg, Nürnberg und Weißenburg) die bayerische Landeskirche und für die Jubiläumsveranstaltungen am Ort die evangelische Gesamtgemeinde sowie die Stadt Augsburg verantwortlich.

#### Wieder Verhaftungen von Baptisten in der Sowjetunion

**Moskau:** Aus verschiedenen Gebieten der Sowjetunion wird von Aktionen gegen Angehörige der nicht staatlich anerkannten Evangeliumschrsten-Baptisten berichtet. Wie das Schweizer Institut „Glaube in der 2. Welt“, Zollikon/Zürich, meldete, wurde vor kurzem ein Mitglied des führenden Gremiums der Baptisten, des sogenannten „Kirchenrates“, Ivan Jakovlevic Antonov, in Kirovograd verhaftet. Der von der ukrainischen Gemeinde unterstützte Presbyter war wegen seiner christlichen Überzeugung bereits zweimal in Haft. Aus Charkov in der Ukraine erfuhr das Institut, daß jeden Sonntag nach dem Gottesdienst 20 bis 30 Personen festgenommen und für 15 Tage in Haft behalten werden. Aus der Hauptstadt der Moldaurepublik Kishinev wird gemeldet, daß das Gebetszelt der Baptistengemeinde zum fünften Mal umgerissen und ein Gemeindeglied, Michail Prutjanov, verhört worden sei. Offenbar die gleiche Methode war in der ukrainischen Stadt Makejevka angewandt worden, wo am 16. Juni drei Christen, Pjotr Rumacik, Michail Saptala und Gjordenko, in Polizeigewahrsam genommen und nach 15 Tagen wieder freigelassen wurden.

Den Pastor der Gemeinde in der Stadt Rjasan (südlich von Moskau),

Alexander Nikitov, verurteilte ein Gericht zu drei Jahren Arbeitslager und einen weiteren Christen, Nikolai Popov, zu drei Jahren strenger Lagerhaft. Popov hat eine Familie mit neun Kindern, Nikitov eine invalide Frau und sechs minderjährige Kinder. Das Strafverfahren lief vor allem wegen angeblicher Verleumdung des Sowjetstaates. In einer Eingabe von 86 Gemeindeglieder wurde darauf hingewiesen, daß die bei der Verhaftung konfizierte Literatur rein religiösen Charakters war und die Anklage des Gerichtes nicht haltbar sei. Der Generalsekretär der Evangeliumschrsten-Baptisten, Georgij Vins, war im April dieses Jahres ausgewiesen worden und hatte unter anderem die Bundesrepublik Deutschland besucht.

#### Mehrheit gegen F.D.P.-These zur Kirchensteuer

**Bonn/Nürnberg:** Mehrheitlich ist bei einer Umfrage auf dem Kirchentag in Nürnberg die dort von der F.D.P. erneut zur Diskussion gestellte Forderung abgelehnt worden, die bisherige Kirchensteuer durch ein kircheneigenes Beitragssystem zu ersetzen. Wie jetzt aus einer Veröffentlichung der „Neuen Bonner Depesche“ hervorgeht, sprachen sich 49,3 Prozent der Besucher an dem F.D.P.-Stand gegen die Forderung aus. 27,7 Prozent stimmten zu, 24 Prozent hielten die Forderung für „bedenkenswert“. Die F.D.P. hatte im Rahmen des „Marktes der Möglichkeiten“ ihre Kirchen-Thesen plakativ dargestellt und zu einer Stellungnahme durch die Besucher aufgefordert.

#### Rassentrennung beendet

**Windhuk:** Die Rassentrennung in öffentlichen Einrichtungen und in Wohngebieten Südwesafrikas/Namibias gehört der Vergangenheit an. Seit dem 10. August ist ein Gesetz in Kraft, nach dem jedermann, ungeachtet der Hautfarbe, überall im Territorium Häuser erwerben oder Wohnflächen mieten kann. Alle gesetzlichen Beschränkungen der Benutzung öffentlicher Einrichtungen durch bestimmte Bevölkerungs-



gruppen sind aufgehoben worden. Kein Hotel-, Restaurant-, Café- oder Theaterbesitzer darf mehr einen Gast oder Besucher aufgrund seiner Rasse oder Hautfarbe abweisen. Die ersten farbigen Hausbesitzer in den bisher Weißen vorbehaltenen vornehmen Villengegenden Windhoeks stehen bereits fest. Zu ihnen gehören so prominente Persönlichkeiten wie Dr. Ben Africa, Vizepräsident der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA), Cornelius Ndjoba, Präsident der DTA, Tara Imbili, Arbeitsminister von Owambo, und Kuaima Riruko, politischer Führer des südwestafrikanischen Herero-Volkes.

#### **Sektenbeauftragter: Jugendreligionen täuschen neue Mitglieder**

**Frankfurt:** Eine bewußte Täuschung bei der Werbung neuer Mitglieder warf jetzt der Sektenbeauftragte der westfälischen Landeskirche, Pfarrer Rüdiger Hauth, Witten, den Jugendreligionen vor. Auf einem von zwei Münchner Verlagen auf der Frankfurter Buchmesse veranstalteten Diskussionsabend am 12. Oktober meinte Hauth, die „freundlichen Gespräche mit Jugendlichen in den Fußgängerzonen“ spielten sich „vor der Bühne ab“. Erst nach dem Beitritt erfolgte die „wirkliche Einweisung“. Durch „Psychoterror“ würden die Mitglieder an der langen Leine geführt, so daß sie immer wieder „Zurückkom-

men“, erklärte Hauth. Der Sektenbeauftragte der bayerischen Kirche, Friedrich-Wilhelm Haack, München, erläuterte Geschichte und Selbstverständnis der Jugendreligionen, die nach seiner Ansicht mit dem Anspruch auftreten, das „rettende Rezept“ zu besitzen. Dagegen warf der Pressesprecher der Vereinigungskirche, Norbert Thiel, den beiden Pfarrern vor, sie hätten ihr Amt dazu mißbraucht, „einseitige, sachlich falsche Informationen“ über seine Kirche zu verbreiten. Diese wünsche jedoch ein offenes Gespräch statt „pauschaler Verdammung“. Auf Anfragen der Referenten und aus dem Publikum nannte Thiel jedoch nicht die Ziele seiner Organisation. Die Vereinigungskirche hat in der Bundesrepublik Deutschland 300 bis 600 Mitglieder.

#### **Helmut Kohl: Auch die Politiker für das Missionarische Jahr gewinnen**

**Bonn:** Auch die Politiker sollten für das „Missionarische Jahr 1980“ gewonnen werden. Dazu forderte der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, bei einem Gespräch mit der überkonfessionellen Missionsbewegung Campus für Christus Anfang Oktober in Bonn auf. Kohl hatte sich zuvor von drei führenden Mitarbeitern von Campus für Christus über die Ziele des Missionarischen Jahres informieren lassen. Nach Ansicht des katholischen CDU-Vor-

sitzenden sollten alle Parteien intensiv über die gemeinsam von evangelischen Landes- und Freikirchen sowie von freien Werken veranstalteten Großevangelisation unterrichtet werden. Die Missionsgesellschaft Campus für Christus, die im „gruppenspezifischen Ausschuß“ des Missionarischen Jahres mitarbeitet, will auch Politiker anderer Bundestagsparteien besuchen, um über ihre Arbeit und die Evangelisation zu berichten. Die 1952 gegründete internationale Missionsgesellschaft arbeitet in Deutschland mit 65 Mitarbeitern vor allem an Hochschulen in Berlin, Erlangen, Freiburg und Gießen.

#### **Evangelische Journalisten bei Kanzler und CDU-Vorsitzendem**

**Bonn:** Auf Einladung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fand am 11. und 12. Oktober in Bonn eine Informations-tagung für evangelische Journalisten mit führenden Politikern statt. An den Gesprächen unter anderem mit Bundeskanzler Helmut Schmidt, Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und dem Vorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, beteiligten sich etwa 30 Redakteure der Kirchengebietspresse, des Evangelischen Pressedienstes sowie Pressesprecher einiger Landeskirchen. Der neue EAK-Bundesgeschäftsführer Wilhelm Staudacher nahm ebenfalls zeitweise teil.

## **Aus unserer Arbeit**

#### **Klare Gesetzgebung gefordert**

**Lübeck.** Der zunehmenden Bürokratisierung unseres Lebens sei mit einer einfachen, klaren Gesetzgebung zu begegnen, die den Ermessensspielraum der Verantwortlichen im Einzelfall verstärken und für eine bürgernahe Verwaltung sorgen könne.

Dies forderte der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Kultusminister Professor Dr. Roman Herzog als erster Referent einer Vortragsreihe des Evan-

gelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU, Kreisverband Lübeck, in der Hansestadt.

Unter dem Thema „Der verwaltete Mensch – Freiheit und Bürokratie“ stellte der Minister die möglichen Ursachen dar, die die Bürokratisierung der Verwaltung und das ständig wachsende Unbehagen des Bürgers daran beeinflussen. Neben dem beträchtlichen personellen Anwachsen der Verwaltung sei die Einführung neuer Techniken wie der elektronischen Daten-

verarbeitung für den „Kunden“ besonders schwer einsehbar und verständlich.

Als hauptsächlicher Verursacher der Bürokratisierung komme die Verwaltung aber nicht infrage, vielmehr sei die sintflutartige anschwellende Zahl von Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen dafür verantwortlich. „Im sozialpolitischen Bereich werden von vielen Bedürftigen Anträge aus Angst vor der Behörde gar nicht mehr gestellt, bei der jährlichen Lohnsteuerrückzahlung werden aus ähnlichen



gruppen sind aufgehoben worden. Kein Hotel-, Restaurant-, Café- oder Theaterbesitzer darf mehr einen Gast oder Besucher aufgrund seiner Rasse oder Hautfarbe abweisen. Die ersten farbigen Hausbesitzer in den bisher Weißen vorbehaltenen vornehmen Villengegenden Windhoeks stehen bereits fest. Zu ihnen gehören so prominente Persönlichkeiten wie Dr. Ben Africa, Vizepräsident der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA), Cornelius Ndjoba, Präsident der DTA, Tara Imbili, Arbeitsminister von Owambo, und Kuaima Riruako, politischer Führer des südwestafrikanischen Herero-Volkes.

#### **Sektenbeauftragter: Jugendreligionen täuschen neue Mitglieder**

**Frankfurt:** Eine bewußte Täuschung bei der Werbung neuer Mitglieder warf jetzt der Sektenbeauftragte der westfälischen Landeskirche, Pfarrer Rüdiger Hauth, Witten, den Jugendreligionen vor. Auf einem von zwei Münchner Verlagen auf der Frankfurter Buchmesse veranstalteten Diskussionsabend am 12. Oktober meinte Hauth, die „freundlichen Gespräche mit Jugendlichen in den Fußgängerzonen“ spielten sich „vor der Bühne ab“. Erst nach dem Beitritt erfolgte die „wirkliche Einweisung“. Durch „Psychoterror“ würden die Mitglieder an der langen Leine geführt, so daß sie immer wieder „Zurückkom-

men“, erklärte Hauth. Der Sektenbeauftragte der bayerischen Kirche, Friedrich-Wilhelm Haack, München, erläuterte Geschichte und Selbstverständnis der Jugendreligionen, die nach seiner Ansicht mit dem Anspruch auftreten, das „rettende Rezept“ zu besitzen. Dagegen warf der Pressesprecher der Vereinigungskirche, Norbert Thiel, den beiden Pfarrern vor, sie hätten ihr Amt dazu mißbraucht, „einseitige, sachlich falsche Informationen“ über seine Kirche zu verbreiten. Diese wünsche jedoch ein offenes Gespräch statt „pauschaler Verdammung“. Auf Anfragen der Referenten und aus dem Publikum nannte Thiel jedoch nicht die Ziele seiner Organisation. Die Vereinigungskirche hat in der Bundesrepublik Deutschland 300 bis 600 Mitglieder.

#### **Helmut Kohl: Auch die Politiker für das Missionarische Jahr gewinnen**

**Bonn:** Auch die Politiker sollten für das „Missionarische Jahr 1980“ gewonnen werden. Dazu forderte der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, bei einem Gespräch mit der überkonfessionellen Missionsbewegung Campus für Christus Anfang Oktober in Bonn auf. Kohl hatte sich zuvor von drei führenden Mitarbeitern von Campus für Christus über die Ziele des Missionarischen Jahres informieren lassen. Nach Ansicht des katholischen CDU-Vor-

sitzenden sollten alle Parteien intensiv über die gemeinsam von evangelischen Landes- und Freikirchen sowie von freien Werken veranstalteten Großevangelisation unterrichtet werden. Die Missionsgesellschaft Campus für Christus, die im „gruppenspezifischen Ausschuß“ des Missionarischen Jahres mitarbeitet, will auch Politiker anderer Bundestagsparteien besuchen, um über ihre Arbeit und die Evangelisation zu berichten. Die 1952 gegründete internationale Missionsgesellschaft arbeitet in Deutschland mit 65 Mitarbeitern vor allem an Hochschulen in Berlin, Erlangen, Freiburg und Gießen.

#### **Evangelische Journalisten bei Kanzler und CDU-Vorsitzendem**

**Bonn:** Auf Einladung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fand am 11. und 12. Oktober in Bonn eine Informations-tagung für evangelische Journalisten mit führenden Politikern statt. An den Gesprächen unter anderem mit Bundeskanzler Helmut Schmidt, Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und dem Vorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, beteiligten sich etwa 30 Redakteure der Kirchengebietspresse, des Evangelischen Pressedienstes sowie Pressesprecher einiger Landeskirchen. Der neue EAK-Bundesgeschäftsführer Wilhelm Staudacher nahm ebenfalls zeitweise teil.

## **Aus unserer Arbeit**

#### **Klare Gesetzgebung gefordert**

**Lübeck.** Der zunehmenden Bürokratisierung unseres Lebens sei mit einer einfachen, klaren Gesetzgebung zu begegnen, die den Ermessensspielraum der Verantwortlichen im Einzelfall verstärken und für eine bürgernahe Verwaltung sorgen könne.

Dies forderte der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Kultusminister Professor Dr. Roman Herzog als erster Referent einer Vortragsreihe des Evan-

gelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU, Kreisverband Lübeck, in der Hansestadt.

Unter dem Thema „Der verwaltete Mensch – Freiheit und Bürokratie“ stellte der Minister die möglichen Ursachen dar, die die Bürokratisierung der Verwaltung und das ständig wachsende Unbehagen des Bürgers daran beeinflussen. Neben dem beträchtlichen personellen Anwachsen der Verwaltung sei die Einführung neuer Techniken wie der elektronischen Daten-

verarbeitung für den „Kunden“ besonders schwer einsehbar und verständlich.

Als hauptsächlicher Verursacher der Bürokratisierung komme die Verwaltung aber nicht infrage, vielmehr sei die sintflutartige anschwellende Zahl von Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen dafür verantwortlich. „Im sozialpolitischen Bereich werden von vielen Bedürftigen Anträge aus Angst vor der Behörde gar nicht mehr gestellt, bei der jährlichen Lohnsteuerrückzahlung werden aus ähnlichen



Gründen dem Staat etwa zwei Milliarden DM geschenkt“, stellte Herzog fest.

Perfektionismus und Detailwut bei der Vorbereitung von Gesetzen würden Unverständlichkeit und schwierige Handhabung der Vorschriften zusätzlich fördern.

### **EAK begrüßt Freilassung von Nico Hübner**

**Bonn:** Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU hat in einer Presseerklärung am 18. Oktober 1979 die Freilassung des Wehrdienstverweigerers Nico Hübner sowie des Regimekritikers Rudolf Bahro begrüßt.

Der Arbeitskreis hatte sich mit Nachdruck in den vergangenen Monaten um die Freilassung des jungen Ostberliner Wehrdienstverweigerers Nico Hübner bemüht und in seiner Publikation EVANGELISCHE VERANTWORTUNG das Schicksal dieses jungen Mannes ausführlich dargestellt.

Der EAK wertet die Freilassung dieser beiden Männer aus den Gefängnissen der DDR mit ihren unmenschlichen Haftbedingungen nicht zuletzt als das Ergebnis fortlaufender Proteste aus der westlichen Welt. So hatten auch unzählige Leser der EVANGELISCHEN VERANTWORTUNG aufgrund eines Aufrufs in diesem Blatt in Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, die umgehende Freilassung Nico Hübners gefordert.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU dankt allen Menschen in der Bundesrepublik, die sich mit Briefen, Aktionen und Fürbitten für die Freilassung von Nico Hübner, der aktiv im Bereich der evangelischen Jugend- und Studentenarbeit in Ostberlin tätig war, eingesetzt haben.

### **Bremer EAK will mit der Kirche stärker ins Gespräch kommen**

**Bremen:** Der Landesverband Bremen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU will mit der Kirche stärker ins Gespräch kommen, erklärte Dr. Friedrich Menke kürzlich vor Bremer Journalisten. Dazu

gehört nach seinen Worten auch die Beratung über die Ausbildung von Religionspädagogen mit dem Kirchausschuß der Bremischen Evangelischen Kirche, der Religionspädagogischen Arbeitsstelle der BEK und Verantwortlichen der Universität, an der es einen Studiengang für Religionspädagogik gibt.

Weiter will sich der EAK auch um die soziale Versorgung der alten und jungen Menschen in den Stadtteilen kümmern, dort mit den Betroffenen sprechen und „vor Ort zuhören“, um notwendige Verbesserungen bei den politischen Gremien anzustreben. Außerdem sind Veranstaltungen geplant, auf denen über die Grundwerte des Lebens diskutiert werden kann, die in der Arbeit der Parteien zu kurz kämen, meinte Dr. Menke.

### **Jugendsekten: Die Suche nach „absolut Wahrem“**

**Oldenburg:** „Die Tragödie von Jonestown – auch wenn sie schon einige Zeit her ist – muß uns ungeheuer nah sein!“ Das betonte Pfarrer Dr. Hans Bolewski (Hannover), früherer Direktor der Akademie Luccum, bei einem Vortrag in der Bahnhofsgaststätte. Er sprach auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU zum Thema „Jugendsekten – Zeichen veränderter kirchlicher und religiöser Landschaft“.

Auffälligste und gemeinsame Kennzeichen der Jugendreligionen, so Bolewski, seien

- ein ausgeprägter Dualismus, der sich in einer krassen Unterscheidung zwischen Gut und Böse – „drinnen“ (in der Sekte) und „draußen“ – in einer Ablehnung des Realen und im Streben nach einer „alternativen“ Lebensform niederschlägt,

- eine starke Betonung alles Körperlichen, die sich in Sexualität („Flirty-Fishing“ bei den „Children of God“, eine als Mission verstandene Straßenprostitution), aber auch in der Askese (besonders bei den Hare-Krishna-Jüngern und der Moon-Sekte) äußere,

- die Tatsache, daß sich Jugendreligionen in irgendeiner Weise auf „wissenschaftliche Erkenntnisse“ berufen,

- der kleine feste Mitgliederstab der Sekten, dem eine sehr hohe Zahl von Interessierten und Sympathisanten gegenüberstehe.

Der Interessentenkreis, junge Menschen bis etwa Mitte 30, stammt nach Angaben Bolewskis meist aus geisteswissenschaftlichen Berufen oder Ausbildungsgängen. Erkenntnisse dieser Wissenschaften unterlägen einem Wandel der Verhältnisse, wogegen Anhänger von Jugendreligionen etwas „absolut Wahres“ suchten. Daher müsse die Volkskirche, die sich derzeit – so kritisierte Bolewski – vorwiegend an Lebensunsicherheiten wie Krankheit und Tod orientiere, dem Menschen einen „verlässlichen und erfahrbaren Halt“ bieten.

### **Mit „Ethik“ zur Staatskirche?**

**Heidelberg:** „Wenn der Staat anfängt, zu sagen, wie man glücklich wird, dann haben wir eine Staatskirche“. Dies äußerte Professor Dr. Hans Martin Pawlowski, Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Baden nach einer EAK-Vorstandssitzung und nahm gleichzeitig Position zu dem von der baden-württembergischen Landesregierung unternommenen Versuch, an 15 Schulen des Landes mit Beginn des Schuljahres 1979/80 ab der 8. Klasse das Fach „Ethik“ als Ersatz zum Religionsunterricht anzubieten. „Dann lieber keine Ethik“, verlangte er in einem Gespräch, das er mit Vertretern der Heidelberger Tageszeitungen im Anschluß an die Vorstandssitzung führte.

So war auch der Religionsunterricht das Schwerpunktthema der Vorstandssitzung, die in Ziegelhausens „Stiftsmühle“ abgehalten worden war, gewesen. Denn auch als Staatsbürger, so Prof. Pawlowski, müsse man Interesse an dem Religionsunterricht haben, sei dies doch letztlich der einzige Unterricht, in dem Bibelkenntnis vermittelt werde. Und „für unser abendländisches Kulturverständnis ist die Kenntnis der Bibel wichtiger als die Kenntnis von Goethe, Marx oder Kant“. Denn, so der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises Baden weiter, nur aus der Bibel heraus könne man unsere Kulturgeschichte verstehen.

In diesem Sinne hatte dieser „sehr offene Kreis, in dem sehr un-



terschiedliche Gedankenrichtungen vertreten“ seien — so die stellvertretende Vorsitzende Dr. Wanda von Baeyer-Katte — die Problemstellung des Religionsunterrichts in Verbindung zum neugeschaffenen Schulfach „Ethik“ diskutiert, in „rechtlicher, pädagogischer und thematischer Hinsicht“. Es wurde dann auch eine Kommission gebildet, die ein Gespräch zwischen Religionslehrern und dem hiesigen Kultusminister Herzog vorbereitet, das

dann in Freiburg stattfinden soll. Dieselbe Kommission soll auch eine Stellungnahme zu diesem baden-württembergischen Schulversuch ausarbeiten, die später bei der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises vorgelegt wird.

Weitere Themen der Sitzung des Evangelischen Arbeitskreises Baden waren, die Stellung des Kindes in unserer Gesellschaft — ein Thema, das nicht zuletzt auf den neu-

gefaßten Paragraphen 218 abzielte — wie auch die Vertretung kirchlicher Interessen durch die Parteien. Übrigens sei die Mitgliedschaft im Arbeitskreis keineswegs an das CDU-Parteibuch gebunden, führte Professor Pawlowski aus. Mit „Ethischen Kriterien bei kommunalpolitischen Entscheidungen“, einem Vortrag der Heidelberger CDU-Stadträtin Dr. von Baeyer-Katte, fand die Vorstandssitzung dann ihren Abschluß.

## Lukas de Vries — ein buntschillernder Kirchenführer

Norbert Engelmänn

Für Überraschungen war Dr. Lukas de Vries, im September noch Präses der Ev.-Lutherischen Kirche in Südwestafrika, immer gut. Die wahrscheinlich letzte seiner öffentlichkeitswirksamen Überraschungen hat er jetzt geliefert: Er wird demnächst Mitarbeiter des Generaladministrators in Windhuk, der — von der südafrikanischen Regierung eingesetzt — die Überführung Südwestafrikas/Namibias in eine Unabhängigkeit nach den Vorstellungen Pretorias garantieren soll. Man reibt sich die Augen und möchte es kaum glauben, daß der langjährige Widersacher der Südafrikaner, Dr. Lukas de Vries, zum Gegner überläuft. Dafür gibt es eine Reihe von sehr persönlichen Gründen, die hier nicht zur Diskussion stehen. Wichtiger ist anderes: Lukas de Vries hat als Präses seiner schwarzen Kirche die Politik immer als eine Form kirchlicher Verkündigung mit anderen Mitteln angesehen. Insofern sieht er seine neue amtliche Tätigkeit als folgerichtige Fortsetzung seines kirchlichen Auftrags.

Soweit so gut, oder wohl richtiger: so schlecht. Etwas anderes aber ist es mit der hohen Kunst der Dialektik, die de Vries beherrscht und mit der er auch Ungereimtheiten als logisch erklärt und durch die gewisse Dinge nicht zusammenkommen. Jahrelang lebte er mit der südafrikanischen Regierung in Dauerkonflikt. Lautstark forderte er von ihr den Rückzug aus Südwestafrika/Namibia. Jetzt muß er froh sein, daß sich Pretoria nicht an seine Forderung hielt, denn die südafrikanische Regierung ist nun

sein Brötchengeber in Windhuk. Bei einer Tagung der Evangelischen Akademie in Bad Boll 1976 hatte er den Südafrikanern noch ins Stammbuch geschrieben: „Die religiös-politische Struktur der südafrikanischen Regierung ist eine dämonische Struktur, die in Opposition zum Reiche Gottes und zum Bringer dieses Reiches steht.“ Und die verfassungsgebende Versammlung für ein unabhängiges Namibia, die von der südafrikanischen Regierung unterstützte Turnhallenkonferenz, bezeichnete de Vries 1976 in einem Synodalbericht vor seiner Kirche als „enttäuschend“ und meinte, „die Befreiung des Landes von einer illegalen Regierung“ sei das gemeinsame Ziel von Kirche und Befreiungsorganisationen, also auch der SWAPO. Mit der Turnhalle wird er nun eng zusammenarbeiten. Die Ansicht, daß Gesinnung eine relative Größe und durchaus auch wandelbar ist, muß für de Vries schon vor seinem Pakt mit der südafrikanischen Regierung gegolten haben. Lange Zeit hatte er für die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) nur Schmähworte bereit. Von ihr sagte er 1975, sie müsse „in der Ökumene als apartheidsfreundliche Kirche gelten“, weil sie Pfarrer in die mit ihr vertraglich verbundene Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche in Südwestafrika entsende, die die widerrechtliche südafrikanische Regierung in Namibia anerkenne und deren Politik — wie er meinte — „tatkräftig fördert“. Indirekt beschimpfte er die EKD, als er der DELK 1970 absprach, „als Kirche Jesu Christi angesehen zu

werden“, und ihr — ohne damals zu wissen, wie sein eigener Lebensweg verlaufen würde — vorwarf, sie habe „den Weg des Judas eingeschlagen“. Solche und andere verbale Ausfälle verschlossen de Vries nicht etwa den Weg zur EKD. Stattdessen öffnete die deutsche Kirche ihre Türen und er trat vor Synoden, Kirchenleitungen und sogar vor dem Rat der EKD auf. Auch dort feuerte er zumeist in gläubige Ohren seine Breitseiten gegen die angeblich apartheidsfreundliche deutsche Kirche ab. In den letzten Jahren ging de Vries mit den deutschen Kirchen freundlicher um und bot der EKD sogar einen Vertrag mit der eigenen schwarzen Kirche in Namibia an. Aber zu diesem Zeitpunkt verhandelte er bereits mit einer Landeskirche der EKD um die Übernahme in ein kirchliches Amt in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Verhandlungen brachten jedoch kein Ergebnis. Die seltsamen Wege und Abwege des Dr. Lukas de Vries hinterlassen auch innerhalb der deutschen Kirche Spuren von Peinlichkeiten. Außerdem blieben die Voten des Kirchenführers nicht ohne Einfluß auf die Politik der EKD gegenüber dem südlichen Afrika. Es bleibt abzuwarten, ob man aus dem Beispiel gelernt hat, und in sich Zukunft seine Gesprächspartner aus dem südlichen Afrika sorgsamer auswählt, zugleich denen kritischer auf die Finger sieht, die südafrikanische Gesprächspartner den deutschen Kirchen als sogenannte authentische Stimmen der Schwarzen im südlichen Afrika verkaufen wollen.



# Ein Leben im Dienst des Vaterlandes

## Zur Erinnerung an Hermann Ehlers

Roman Herzog

Am 1. Oktober gedachte die Union des 75. Geburtstages von Hermann Ehlers, dessen Todestag sich am 29. Oktober zum 25. Mal jährte. Obwohl er nur vier Jahre lang, von 1950 bis 1954, Präsident des Deutschen Bundestages war, hat er in dieser kurzen Zeit die Grundlagen für die Entwicklung des Deutschen Bundestages gelegt, dessen 30jähriges Bestehen am 7. September gefeiert wurde.

Nicht alle Bürger konnten in der deutschen Niederlage wie Hermann Ehlers die „Gnade des Nullpunktes“ sehen. Die Situation Deutschlands war damals durch totale Zerstörung des Landes, durch Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen und familiärer Bindungen, durch materielle und menschliche Not gekennzeichnet. Viel schlimmer als der wirtschaftliche aber war der psychische Zusammenbruch der Bevölkerung, der Schock über verratenen Idealismus und enttäuschte Hoffnungen.

In hunderten von öffentlichen Reden und Aufsätzen versuchte Hermann Ehlers die Distanz zu überwinden, mit der weite Teile der Bevölkerung dem neuen Staat gegenüber überstanden. Unermüdlich warb er um das Vertrauen der Jugend, die er an Parlamentarismus und Demokratie heranzuführen versuchte.

Seinem Bemühen kam sicher entgegen, daß ihn sein fester Glaube, zu dem er seit frühester Jugend im Elternhaus und in den Bibelkreisen gefunden hatte, unempfindlich gegen die Versuchungen des Nationalsozialismus gemacht hatte. Schon früh war er Mitglied der Be-

kennenden Kirche geworden und war trotz Verfolgung und Haft als Jurist einer ihrer wichtigsten Streiter im Kirchenkampf.

Als Oberkirchenrat in der Oldenburgischen Kirche und später als Bundestagspräsident blieb Hermann Ehlers seinem Leitmotiv treu: „In welcher Stellung kann ich meinem Vaterlande am besten dienen?“

So aufopferungsvoll Hermann Ehlers dem Staat diente, so engagiert diente er seiner Partei. Bereits am 1. August 1946 wurde er Mitglied der Christlich Demokratischen Union, geleitet von der Überzeugung, „daß der Glaube der Christen eine verpflichtende Kraft nicht nur für das persönliche Leben des einzelnen, sondern vielleicht noch mehr für das öffentliche Leben von Volk und Staat hat“.

Wenn wir uns heute fragen, was für ein Mensch Hermann Ehlers war, so müssen wir, die wir ihn nicht mehr persönlich kennenlernen konnten, uns auf das stützen, was er als schriftliche Zeugnisse hinterlassen hat. In einem Aufsatz „Zur ethischen Existenz des evangelischen Politikers in der Gegenwart“ schrieb er 1953: „Die ethische Existenz des modernen evangelischen Politikers ist vielleicht die innerlich und äußerlich gefährdetste, die es gibt, weil er bei aller Weisung und allem Rat der Kirche und der Brüder letztlich dennoch allein vor Gott steht. Wir sollten erkennen, daß das aber unsere eigentliche Stärke ist.“

Ein solcher Mann kann keine opportunistischen Kompromisse ein-

gehen. Er muß all sein Handeln vor seinem Gewissen und der Frage rechtfertigen, ob es auch vor der letzten Instanz Gottes standhält. Ein solcher Rechtfertigungszwang kann zu Untätigkeit führen, zu Standpunktlosigkeit, zu Handlungsunfähigkeit, und – wie Helmut Schelsky sagt – zur protestantischen Neigung zur Dauerreflexion.

Er kann aber auch zu eindrucksvollen – leider selten gewordenen – Persönlichkeiten führen, wie Hermann Ehlers, die tun, was ihnen ihr Gewissen zu tun vorschreibt.

Die bewußte Haltung als evangelischer Christ, die Hermann Ehlers überall verwirklichte, bestimmte auch sein Wirken in der Partei. Seine Erkenntnis „wir haben insgesamt eine zu geringe Bereitschaft, das, was wir als evangelische Christen zu sein haben, in der Öffentlichkeit zu bezeugen“, führte ihn 1952 zur Gründung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, dessen erster Vorsitzender er bis zu seinem Tode war. Hermann Ehlers wurde damit zum Sprecher der Evangelischen in der Union. Damit überwand er die konfessionelle Trennung des politischen Katholizismus und Protestantismus, die in der Weimarer Republik so verhängnisvoll gewesen war. Erst durch diese konfessionelle Einigung wurden die Grundlagen für die erfolgreiche Politik Konrad Adenauers auf der Basis einer breiten Volkspartei geschaffen. Es gelang Hermann Ehlers, so einen großen Teil der evangelischen Bevölkerung an die CDU/CSU heranzuführen.

## Einladung zum 4. Schloß Burger Gespräch

### „Zu den ethischen Grundlagen unserer Verteidigung“

Freitag, den 30. November 1979, 17.00 Uhr, im Rittersaal von Schloß Burg a. d. Wupper.

Es sprechen zum Thema: Bischof a. D. Dr. Hermann Kunst D. D. sowie der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Ulrich de Maiziére. Gesprächsleitung: Hans-Adolf de Terra, MdB.

Telefonische Anmeldung unter Bonn 0 22 21 / 54 43 06 (EAK-Bundesgeschäftsstelle) erbeten.



## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. Dr. Wilhelm Hahn, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

## Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

### Evangelische Akademie Arnoldshain 6384 Schmitten/Ts. 1

23. bis 25. November 1979

Alltag in Familie und Partnerschaft.  
— Ein Wochenende mit behinderten Kindern, deren Geschwistern und Eltern.

30. November bis 2. Dezember 1979  
Faschismus im Jugendbuch

— Tagung für Vertreter von Jugendgruppen.

### Evangelische Akademie 7325 Bad Boll

30. November bis 2. Dezember 1979  
ARBEITSLOS

— Tage des Gesprächs für stellensuchende ältere Arbeitnehmer.

27. bis 31. Dezember 1979

Einkehrtage zur Weihnachtszeit.

„Das Leben ist erschienen“ ist das Thema der diesjährigen Einkehrtage. Meditation und Bewegung, Musik und Feier.

### Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen, Haus Ortlohn, Berliner Platz 12, 5860 Iserlohn

30. November bis 2. Dezember 1979  
Licht aus dem Osten.

— Begegnung mit der Orthodoxie heute. Tagung mit dem Christlichen Blindendienst Westfalen.

3. bis 5. Dezember 1979

Zwischen Umweltschutz und Umweltbelastung.

Tagung in Zusammenarbeit mit dem Westfälischen Landfrauenverband.

### Evangelische Akademie Loccum 3056 Rehburg-Loccum 2

21. bis 23. November 1979

Was kann Schule leisten?

Niedersachsen im Gespräch mit europäischen Nachbarländern.

Loccumer schulpolitisches Kolloquium in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kultusministerium.

### Evangelische Akademie Nordelbien Postfach 13 60, 2360 Bad Segeberg

26. bis 29. November 1979

Sozialstation/Diakoniestation.

— Aufgaben und Chancen staatlicher und kirchlicher Dienstleistungen.

21. bis 23. Dezember 1979

In welcher Kirche wollen wir arbeiten?

Für Theologiestudenten.

### Evangelische Akademie von Kurhessen-Waldeck, Schlößchen Schönbürg, Postfach 12 05, 3520 Hofgeismar

16. bis 18. November 1979

Der Zivildienst nach der Reform.

— Neufassung des Rechts der Wehrdienstverweigerung — Neues Prüfungsverfahren — Ausgestaltung des Zivildienstes — Kann Zivildienst noch Friedensdienst sein?

7. bis 9. Dezember 1979

Religion als Fach.

— Studenten der Religionspädagogik zwischen Hochschule, Schule und Kirche.

### Evangelische Akademie Tutzing Schloß, Postfach 2 27, 8132 Tutzing/Starnberger See

15. November 1979

Ausländische Arbeitnehmer und ihre Kinder.

— Mitarbeiter in unseren Betrieben  
— Bürger unserer Gesellschaft.

Tagung für Unternehmer und leitende Angestellte.

29. November 1979

Weltwirtschaftlicher Strukturwandel.

Gefahren und Chancen für die deutsche Wirtschaft.

Wirtschaftspolitisches Kolloquium.

### Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg Wintererstraße 1, 7800 Freiburg

24. bis 25. November 1979

Chance für den Religionsunterricht.  
Zur Diskussion um die neuen Katechismen.

### Evangelische Akademie der Pfalz Große Himmelgasse 6, 6720 Speyer

24. bis 25. November 1979

(Herz-Jesu-Kloster)

Bibelstudententagung

— mit Prof. Dr. Gotthold Müller (Veranstalter: Volksmissionar. Amt und Ev. Akademikerschaft).

1. bis 2. Dezember 1979

(Haus Mühlberg)

Die Verantwortung der Medien.

— u. a. mit Dr. Franz Alt und Paul Kaps. Eine Tagung für Zeitungsleser, Radio- und Fernsehpublikum.